Feststellung gemäß § 5 UVPG
Fünfzehnte Agrarenergie GmbH & Co KG Bohmte

GAA OL v. 24.07.2025 — OL24-135-02 —

Die Firma Fünfzehnte Agrarenergie GmbH & Co. KG, 49328 Melle, Wellingstraße 66, hat mit Schreiben vom 17.09.2024 die Erteilung einer Änderungsgenehmigung gemäß §§ 10 und 16 (1) BImSchG und einer allgemeinen Vorprüfung nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung für die wesentliche Änderung einer Biogasanlage mit einer Durchsatzkapazität von 199 t/d am Standort in 49163 Bohmte, In den Dieken 2, Gemarkung Bohmte, Flur 29, Flurstücke 1/2, 1/3 und 1/4 beantragt.

Im Rahmen dieses Genehmigungsverfahrens ist gemäß § 9 Abs. 2 Nr. 2 i. m. V. Nr. 8.4.2.1 und 1.11.2.1- Änderung einer Anlage zur biologischen Behandlung von Gülle, mit einer Durchsatzkapazität an Einsatzstoffen von 50 t oder mehr je Tag und der Aufbereitung von Biogas mit einer Kapazität von mehr als 2 Mio. Nm³ Rohgas je Jahr, der Anlage 1 UVPG durch eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls zu ermitteln, ob für das beantragte Vorhaben eine Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP-Pflicht) besteht.

Die Vorprüfung hat ergeben, dass für das Vorhaben keine UVP-Pflicht besteht.

Begründung:

Das Betriebsgrundstück liegt im Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nummer 122 "Biogasanlage Bohmte-Nord" der Gemeinde Bohmte. Die bauplanungsrechtliche Zulässigkeit wurde von der Gemeinde Bohmte geprüft und bejaht.

Durch die geplante Änderung der Anlage sind keine erheblichen Umweltauswirkungen zu erwarten. Das Vorhaben mit Erweiterung der Biogasanlage um die Biogasaufbereitung sowie CO₂-Verflüssigung verursacht keine erheblichen Gerüche.

Bezüglich der von der Kapazitätserweiterung ausgehenden Schallimmissionen sind keine erheblichen Umweltauswirkungen zu erwarten. Die Beurteilungspegel der Anlage tagsüber und nachts liegen auch mit der Änderung unterhalb der Immissionsrichtwerte gemäß TA Lärm. Bezüglich der von der Kapazitätserweiterung ausgehenden Luftschadstoffemissionen sind keine erheblichen schädlichen Umweltauswirkungen zu erwarten.

Die Kapazitätserweiterung der Biogasanlage inklusive der Nebeneinrichtungen erhöht die Stickoxidfracht. Die daraus resultierende Stickstoffdeposition aus der Summe der Emissionen von Ammoniak und Stickstoffoxiden verursacht keine erheblichen Umwelteinwirkungen.

Die Biogasanlage inkl. ihrer Nebeneinrichtungen unterliegt als Betrieb der oberen Klasse den Anforderungen der 12. BImSchV. Die Änderung ruft kein für die Umwelt problematisches Unfallrisiko hervor. Innerhalb des angemessenen Sicherheitsabstandes von 120 m befinden sich keine Schutzobjekte.

Diese Feststellung wird hiermit der Öffentlichkeit bekannt gegeben. Sie ist nicht selbständig anfechtbar.